

## **Der Eurokommunismus und seine Rezeption durch die SED (1968–1976)**

Der vorliegende Aufsatz behandelt die Interpretation und Rezeption des Eurokommunismus durch die SED von 1968 bis Mitte der Siebzigerjahre. In dieser Zeit nahm die Lehre des Eurokommunismus, durch mehrere westeuropäische kommunistische Parteien vertreten und propagiert, Gestalt an. Jedoch war die ideologische und politische Basis schon früher – spätestens seit Palmiro Togliatti – gelegt worden. Das Jahr 1968, das hier als prägende und folgenreichste Zäsur gedeutet wird, markiert den Anfangspunkt einer sensiblen Veränderung in den Beziehungen der SED zu ihren Bruderparteien in Westeuropa, auf die das spätere Aufkommen des Eurokommunismus – mit seinen Grundprinzipien, wichtigsten Persönlichkeiten und Zukunftsvisionen – unweigerlich einen beachtlichen Einfluss nehmen konnte.

Der Terminus »Eurokommunismus« zeichnete sich von Anfang an durch einen ausgeprägt polymorphen Charakter aus. Die Bezeichnung galt eine Zeit lang als so unkonkret, dass viele westeuropäische kommunistische Parteien die »neue« Doktrin zunächst ablehnten oder als reine journalistische Erfindung ohne jeglichen politischen Gehalt abwerteten. In der Tat, wenn von Eurokommunismus die Rede ist, würde man automatisch eine in ihren Reihen geschlossene, ideologisch einheitliche Gemeinschaft von in Europa agierenden kommunistischen Organisationen dahinter vermuten. Dies war lange Zeit – zumindest bis Anfang der Siebzigerjahre – nicht der Fall.

Die SED, gleich ihren osteuropäischen Verbündeten, verwarf den Eurokommunismus seit seiner Entstehung und bis zum Zusammenbruch des »Realsozialismus« 1989/90 als unakzeptable Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie. Betrachtet man den Umgang der SED mit der genannten abweichenden Doktrin strikt auf der Ebene der Theorie, so erscheint der Grundton ihrer Definitionen und Interpretationen des Eurokommunismus, welche sich im Laufe der Jahre kaum veränderten, regelrecht vernichtend. Kann man also überhaupt von einer Rezeption des Eurokommunismus durch die SED sprechen? Vollzogen sich konstruktive Auseinandersetzungen bzw. fand ein beständiger Austausch zwischen eurokommunistischen Repräsentanten und SED-Mitgliedern statt, und wenn ja, in welchem Rahmen? Die Beantwortung dieser Fragen, welche hier der gebotenen Kürze wegen nur exemplarisch erfolgen kann, muss im Rahmen der Darstellung der SED-Außenpolitik zum westeuropäischen Sozialismus vorgenommen werden. Zuvor gilt es aber zu betonen, dass reformkommunistische bzw. eurokommunistische Bestrebungen und Ansätze weder Widerhall noch Ausbreitung in der SED finden konnten, geschweige denn waren sie imstande, die

bewährten Handlungs- und Steuerungskordinaten im komplexen SED-Parteiapparat zu beeinflussen. Nichtsdestotrotz unterhielt die SED gewichtige wirtschaftliche und politisch-strategische Beziehungen zu Vertretern des Eurokommunismus. Dies war möglich, weil sie – trotz der offensichtlichen ideologischen Differenzen – auf die Zusammenarbeit mit derart Andersdenkenden angewiesen war, umso mehr nach der diplomatischen Anerkennung der DDR Anfang der Siebzigerjahre.

Dieser Aufsatz skizziert die Auseinandersetzung der SED mit den »Eurokommunismen« Westeuropas im Lichte ihrer Beziehungen zu den jeweiligen Bruderparteien jenseits des Eisernen Vorhangs von 1968 bis zur Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas in Ost-Berlin 1976.

### Zum Begriff »Eurokommunismus«

Der Sammelbegriff »Eurokommunismus« wurde durch den jugoslawischen Journalisten Frane Barbieri geprägt und erstmals offiziell in einer Ausgabe der Mailänder Zeitung *Giornale Nuovo* im Juni 1975 benutzt.<sup>1</sup> Dabei wollte Barbieri die Praxis einiger westeuropäischer kommunistischer Parteien hervorheben. Durch einen allmählich verlaufenden Verselbstständigungsprozess schienen sich diese von der Moskauer Führung und damit vom dogmatischen Marxismus-Leninismus abzuwenden.<sup>2</sup> Der umstrittene Terminus sei jedoch keineswegs bedenkenlos anwendbar, so die damalige Meinung einiger zeitgenössischer Beobachter. Zum einen verweise das Präfix »Euro« auf eine kontinentale Festlegung und lasse damit mehrere außereuropäische kommunistische Parteien (KP) mit durchaus ähnlichen Merkmalen unberücksichtigt.<sup>3</sup> Zum anderen sei die Form im Singular irreführend und suggeriere ein Moskau entgegengesetztes, innereuropäisches Zentrum mit politischer und ideologischer Führungsfunktion. Dies entsprach aber offensichtlich nicht der Realität und dem Hauptgrundsatz des Eurokommunismus – Betonung des jeweils nationalen Weges einer jeden KP –, wie seine wohl wichtigsten Vertreter Enrico Berlinguer (Partito Comunista Italiano, PCI), Santiago Carrillo (Partido Comunista de España, PCE) und Georges Marchais (Parti Communiste Français, PCF) wiederholt kritisierten.<sup>4</sup>

1 Siehe das Gespräch mit Frane Barbieri, in: Manfred Steinkühler (Hg.): Eurokommunismus im Widerspruch. Analyse und Dokumentation, Köln 1977, S. 389–392.

2 Siehe Nikolas R. Dörr: Wandel des Kommunismus in Westeuropa. Eine Analyse der innerparteilichen Entwicklungen in den kommunistischen Parteien Frankreichs, Finnlands und Italiens im Zuge des Eurokommunismus, Berlin 2006, S. 10–19.

3 François Bondy: Eurokommunismus – das Wort und die Sache, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken 31 (1977), H. 11, S. 1030–1033; ferner siehe Karin Priester: Hat der Eurokommunismus eine Zukunft? Perspektiven und Grenzen des Systemwandels in Europa, München 1982; Wolfgang Leonhard: Eurokommunismus. Herausforderung für Ost und West, München 1980.

4 Siehe Francesco Di Palma: Die SED, die Partito Comunista Italiano und der Eurokommunismus (1968–1989). Akteure, Netzwerke, Deutungen, in: Arnd Bauerkämper/Francesco Di Palma (Hg.): Bruderparteien jenseits des Eisernen Vorhangs. Die Beziehungen der SED zu den kommunistischen Parteien West- und Südeuropas (1968 bis 1989), Berlin 2011, S. 136–152.

### Die SED und der Reformkommunismus (1968–1973)

Das Jahr 1968 stellte mit seinen tiefgreifenden Umbrüchen und damit verbundenen nachhaltig wirkenden Veränderungen eine Zäsur dar, die in der Geschichte des internationalen Kommunismus nur mit wenigen ähnlich folgenschweren Einschnitten der Nachkriegszeit – wie dem Jahr 1956 oder den Jahren 1989 bis 1991 – vergleichbar ist. Sie machte programmatische und theoretische Differenzen im weltweiten (insbesondere aber im europäischen) Kommunismus deutlich, trieb sie auf die Spitze und leitete schließlich einen Prozess des ideologischen Abdriftens vom Moskauer Alleinvertretungsanspruchs ein, welcher Mitte der Siebzigerjahre seinen Höhepunkt erreichen sollte.

Das Verhältnis der SED zu den kommunistischen Organisationen Westeuropas war bis zur Niederschlagung des Prager Frühlings relativ stabil und reibungslos gewesen. Allerdings hatte der Generalsekretär des PCI, Palmiro Togliatti, die Polyzentrismus-These schon über ein Jahrzehnt zuvor präsentiert und hiermit für Furore gesorgt, als er die klassische »manichäisch-dichotome« kommunistische Weltsicht infrage gestellt und für »Einheit in der Vielfalt« bzw. für einen nationalen Weg zum Sozialismus plädiert hatte.<sup>5</sup> Dieses Gesuch, dem auf dem XX. Parteitag der KPdSU nicht stattgegeben und das durch die osteuropäische kommunistische Gemeinschaft scharf kritisiert wurde, konnte der dort kompromisslos bestätigten, mit geballtem Nachdruck erneut propagierten bipolaren Weltordnung und der davon herrührenden Logik der Blöcke lange Zeit nichts anhaben.<sup>6</sup>

Dies sollte vor allem anlässlich der Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 deutlich werden. Die Kommunistische Partei Frankreichs verurteilte z. B. vorübergehend die Besetzung der Tschechoslowakei durch Truppen des Warschauer Paktes, nahm aber jegliche Kritik nur Monate später vorbehaltlos zurück.<sup>7</sup> Anders reagierten u. a. die kommunistischen Parteien Italiens und Spaniens – Letztere aus dem Exil –, welche an der Gewaltanwendung in der Tschechoslowakei öffentlich Anstoß nahmen und diese auch propagandistisch aufs Schärfste verurteilten.<sup>8</sup> Die Reaktion anderer nur teilweise reformkommunistischer Parteien,

5 Die polyzentristische These stellte Togliatti erstmalig in einem Interview auf, das in der Zeitschrift *Nuovi Argomenti* nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 erschien. Von einem von ihm postulierten italienischen Weg zum Sozialismus soll bereits zu Zeiten des Zweiten Weltkriegs die Rede gewesen sein. Siehe hierzu Carlo Spagnolo: *Sul memoriale di Yalta: Togliatti e la crisi del movimento comunista internazionale* [Das Memorial von Yalta: Togliatti und die Krise der internationalen kommunistischen Bewegung], Rom 2007; Aldo Agosti: *Togliatti negli anni del Comintern: (1926–1943); documenti inediti dagli archivi russi* [Togliatti und die Komintern: (1926–1943); unveröffentlichte Dokumente aus den russischen Archiven], Rom 2000.

6 Siehe Spagnolo: *Yalta* (Anm. 5).

7 Siehe Michel Naudy: *PCF. Le suicide* [PCF. Der Selbstmord], Paris 1986, hier S. 9–57. Ferner Ulrich Pfeil: *Sozialismus in den Farben Frankreichs. SED, PCF und »Prager Frühling«*, in: *Deutschland Archiv* 34 (2001), H. 2, S. 235–245.

8 Siehe Francesco Di Palma: *Die SED, die Kommunistische Partei Frankreichs (PCF) und die Kommunistische Partei Italiens (PCI) von 1968 bis in die Achtzigerjahre – ein kritischer Einblick in das Dreiecksverhältnis*, in: *Deutschland Archiv* 43 (2010), H. 1, S. 80–89; zum PCE grundsätzlich siehe Andreas Baumer: *Kommunismus in Spanien. Die Partido Comunista de España – Widerstand, Krise und Anpassung (1970–2006)*, Baden-Baden 2008; ferner ders.: *Camaradas? Die Beziehungen zur SED im Kontext der Debatte um das Verhältnis zum Staatssozialismus innerhalb der Partido Comunista de España 1968–1989*, in: *Bauerkämper/Di Palma: Bruderparteien* (Anm. 4), S. 187–209, hier S. 189–191.

wie die Großbritanniens (Communist Party of Great Britain, CPGB) und Griechenlands (Kommounistikó Kómma Elládas, KKE – aus dem rumänischen Exil), bei denen der Eurokommunismus auch später keine herausragende Rolle spielen sollte, war zwiespältig und Ergebnis der starken internen Meinungsverschiedenheiten, die in beiden Organisationen schon seit Anfang der Sechzigerjahre bestanden. Offiziell duldeten sie zwar den Vorstoß in der Tschechoslowakei, die erhitzten Diskussionen hierüber vertieften jedoch nachhaltig den schon ausgeprägten Graben zwischen Konservativen (auch Traditionalisten genannt) und Erneuerern (auch Gramscianer genannt).<sup>9</sup>

Das Verhältnis der SED zum PCE in der Zeit der Niederschlagung des Prager Frühlings – das im Folgenden knapp umrissen werden soll – ist insofern bezeichnend, als es exemplarisch darlegt, wie die Ost-Berliner Machthaber mit Reformkommunisten noch vor der »Hochzeit« des Eurokommunismus umzugehen pflegten. Die spanischen Kommunisten, deren Partei im Heimatland verboten war, unterhielten in der DDR mehrere Kaderschulen. Die SED offerierte den PCE-Mitgliedern und deren Familien nicht nur logistische, sondern auch finanzielle Hilfe und sorgte damit dafür, dass diese handlungsfähig bleiben konnten.<sup>10</sup> Durch die Intervention in der ČSSR unter Führung der Sowjetunion und die darauf gemünzte aus mehreren westeuropäischen Bruderparteien hagelnde Kritik änderte sich das Verhältnis der SED zum PCE schlagartig. Berlin missbilligte die Stellungnahme des PCE-Vorstands aufs Äußerste und förderte die bereits begonnene interne Spaltung in Reformkommunisten (um Santiago Carrillo) und Prosovjets (um Enrique Líster).<sup>11</sup> Der Konflikt zwischen dem Mehrheitsvorstand des PCE und der SED über die Prager Frage sollte noch bis Anfang der Siebzigerjahre andauern, als Letztere im Einvernehmen mit der KPdSU die Unterstützung der prosovjatischen Fraktion offiziell aufgab.<sup>12</sup>

Die Auswirkungen des Jahres 1968 waren also an Bedeutung kaum zu überschätzen und veränderten die europäische kommunistische Gemeinschaft zusehends. Dabei spielte zweifelsohne auch das Aufkommen des Eurokommunismus in den frühen Siebzigerjahren eine nicht minder entscheidende Rolle. Doch wurde nicht jede KP Westeuropas von ihm erfasst oder grundlegend beeinflusst. Die stalinistische portugiesische (Partido Comunista Português, PCP), die traditionell moskauhörige finnische (Suomen Kommunistinen Puolue, SKP) und die westdeutsche KP (DKP) etwa – die als westliches Sprachrohr der SED agierte – blieben von reformerischen Ansätzen völlig unberührt. Andere, wie der PCF, »liebäugelten« meist aus elektoralen Gründen mit dem Reformkommunismus, konnten sich aber nie vollständig von der Moskauer Bevormundung lösen.<sup>13</sup> Die Basis des sogenannten Eurokommunismus war demnach eine äußerst instabile. Gestellt wurde sie, wie eingangs erwähnt, vorwiegend durch die kommunistischen Parteien Italiens und Spaniens (ferner auch durch die verhält-

9 Zur CPGB siehe Geoff Andrews: *Endgames and New Times. The Final Years of British Communism 1964–1991*, London 2004, Kap. 5; zur KKE siehe Andreas Stergiou: *Im Spagat zwischen Solidarität und Realpolitik: die Beziehungen der DDR und Griechenland und das Verhältnis der SED zur KKE*, Mannheim 2001.

10 Siehe Baumer: *Kommunismus* (Anm. 8), S. 228–253.

11 Siehe Baumer: *Camaradas?* (Anm. 8), S. 191–193.

12 Siehe ebd.

13 Siehe Pfeil: *Sozialismus* (Anm. 7); Di Palma: *SED, PCF, PCI* (Anm. 8).

nismäßig kleine schwedische KP, die *Vänsterpartiet*),<sup>14</sup> worauf später ausführlicher eingegangen werden soll.

Der Dialog mit westeuropäischen Partnern war für die SED dennoch von außerordentlicher Bedeutung. Auf diese Weise beabsichtigte Ost-Berlin, die im Laufe der Siebzigerjahre in allen europäischen Staaten und in den USA vollzogene diplomatische Anerkennung der DDR nachhaltig abzusichern. Die SED-Führung sah sich vor diesem Hintergrund regelrecht dazu gezwungen, Chancen zu ergreifen, um ihren international sonst eher begrenzten Handlungsspielraum zu erweitern.<sup>15</sup> So versuchte sie gezielt, ihre Beziehungen zu Bruderparteien – darunter auch eurokommunistischen – im Westen zu nutzen, um daraus Kapital zu schlagen. Besonders fruchtbar stellten sich die Ost-Berliner Machthaber Formen der Zusammenarbeit mit dem PCI, dem PCF und dem PCE vor, die im eigenen Land stark vertreten waren (der PCE erst wieder ab 1977) und als nützliche Kontaktpartner zu sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Formationen<sup>16</sup> sowie zu mächtigen Lobbyisten im Europaparlament galten. Hier hatte sich am 16. Oktober 1973 erstmalig eine Fraktion von kommunistischen Abgeordneten gebildet, welcher zunächst italienische, französische und ein dänischer Politiker vorstanden.<sup>17</sup> Zu diesem Zweck und abhängig von der eurokommunistischen Grundausrichtung des jeweiligen Ansprechpartners wählte die SED souverän und gemäß der politischen Lage ihre Weggenossen im Westen.<sup>18</sup> So wurden z. B. die abtrünnigen italienischen und spanischen Kommunisten oft den eher konformen französischen Kollegen vorgezogen. Hierauf soll später näher eingegangen werden.

Ausschlaggebend für diese Vorgehensweise war das auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 präsentierte, neue außenpolitische Konzept. Nach Überwindung der äußerst kritischen politischen Phase infolge der Niederschlagung des Prager Frühlings<sup>19</sup> zeugte das neue Programm von einer erhöhten Kommunikationsbereitschaft, auch gegenüber eurokommunistischen Vertretern. So konnten Kontakte wieder aufgenommen und alte, die Kommunikation störende Meinungsverschiedenheiten vorerst auf Eis gelegt werden.

14 Hierzu siehe Charlotta Brylla: Die schwedische kommunistische Partei und der Eurokommunismus, in: Ulrich Mähler u. a. (Hg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2010, Berlin 2010, S. 81–91.

15 Hierzu ausführlich Hermann Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen: die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007.

16 Siehe Di Palma: SED, PCF, PCI (Anm. 8), S. 85–89.

17 Siehe Information Nr. 3/74 für das Politbüro, Haltung der FKP und der IKP zur Frage des Weges zur Macht, Berlin, 10. Januar 1974, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bunderarchiv (im Folgenden: SAPMO-BArch), DY/30/IV B 2/20/189. Die ursprüngliche Fraktion bestand aus acht italienischen, drei französischen Abgeordneten und einem Vertreter der Sozialistischen Volkspartei Dänemarks.

18 Siehe hierzu Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR; Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder, München 1979; Michael Spakler: Einige ökonomische Bestimmungsfaktoren der DDR-Außenpolitik unter Ulbricht und Honecker. 1961–1973, Mannheim 1978.

19 Über die Reaktion westeuropäischer KPs auf die Niederschlagung des Prager Frühlings siehe Maud Bracke: Which socialism, whose détente. West European Communism and the Czechoslovak crisis 1968, Budapest/New York 2007.

## Die SED und der Eurokommunismus (1973–1976)

Das Interesse der SED am Eurokommunismus war von Anfang an rein strategischer Natur, wie ein äußerst ausführliches, im Laufe der Siebzigerjahre von der SED-Abteilung für Internationale Verbindungen systematisch aktualisiertes Dossier über seine geschichtliche und ideologische Entwicklung eindrucksvoll beweist.<sup>20</sup>

Der Eurokommunismus stellte den Versuch einiger westeuropäischer KPs dar, zwischen dem sowjetischen Realsozialismus und der Sozialdemokratie ein theoretisches und programmatisches Substrat zu schaffen, das den jeweils nationalen Wegen der kommunistischen Parteien gerecht werden und als Alternative zur bürgerlichen Demokratie der westlichen Welt gelten konnte. Bezeichnend dafür war nicht – wie früher praktiziert – der vehemente Widerspruch gegen den bürgerlichen Parlamentarismus, sondern vielmehr die Orientierung auf außen- und innenpolitische Konzepte und Programme. Dadurch wurde der Kommunismus für immer breitere Schichten der Gesellschaft »attraktiv« und konnte schließlich regierungs- und koalitionsfähig gestaltet werden.<sup>21</sup> Diese abweichende, grundsätzliche Zielsetzung sollte bis zum Fall der Berliner Mauer – abgesehen von rituellen, opportunistischen Annäherungen und Formen der Zusammenarbeit – die Beziehungen der SED zu ihren westeuropäischen Partnern zumindest formell deutlich erschweren.

Die italienische KP hatte sich bereits seit den frühen Fünfzigerjahren durch ihre kritische Haltung gegenüber der Monopolstellung Sowjetrusslands einen Namen gemacht. Diese Machtposition war einerseits auf ihre maßgebliche Beteiligung an der *Resistenza* bzw. auf die Befreiung Italiens vom Faschismus und Nationalsozialismus und die darauf folgende Gestaltung und Etablierung der ersten italienischen Republik zurückzuführen; andererseits aber auch auf ihre im westeuropäischen Vergleich seltenen, beachtlichen Wahlerfolge, die sie unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer der größten Massenparteien Europas werden ließen. Dem Anspruch, als kommunistische *catch-all*-Partei zu agieren, versuchte der PCI gerecht zu werden, indem er die Logik der Blöcke vehement ablehnte, und sich sowohl innen- als auch außenpolitisch für deren Überwindung einsetzte.<sup>22</sup> Vor diesem Hintergrund sah sich die Partei – gleich den anderen eurokommunistischen Vertretern – einer Theorie des »dritten Weges« verpflichtet. Die SED kommentierte solch einen »dritten Weg« daraufhin als den Versuch, den Sozialismus Westeuropas umzugestalten, und zwar durch das Bemühen der Arbeiterbewegung, den zyklischen Krisen des Kapitalismus zu begegnen, indem man eine praktikierbare Alternative zum Realsozialismus und der Sozialdemokratie anwende.<sup>23</sup>

20 Siehe SAPMO-BArch, DY/30/IV B 2/20/170.

21 Dazu Annie Kriegel: Eurocommunism: a new kind of communism?, Stanford 1978; siehe Dieter Oberndörfer: Einführung: Die sozialistischen und kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens, Spaniens und Griechenlands, in: ders. (Hg.): Südländer (= Sozialistische und kommunistische Parteien in Westeuropa, Bd. 1), Opladen 1978, S. 11.

22 Hierzu grundsätzlich Aldo Agosti: Storia del Partito Comunista Italiano 1921–1991 [Geschichte der Kommunistischen Partei Italiens 1921–1991], Rom 1999; Silvio Pons: Berlinguer e la fine del comunismo [Berlinguer und das Ende des Kommunismus], Turin 2006.

23 Information für das Politbüro, Tagungen des ZK und der Zentralen Kommission der IKP vom 2. bis 5. Juli 1979 und am 10. Juli 1979, Berlin 13. Juli 1979, in: SAPMO-BArch, Büro Hermann Axen, DY/30/IV B 2/20/61.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Quelle: BAArch, Bild 183-N0129-0326; Fotograf: o. Ang.

Brüssel, 30. Januar 1974: Konferenz der kommunistischen Parteien. Enrico Berlinguer und Herbert Mies während einer Konferenzpause im Gespräch.

Dieses Projekt, vorwiegend durch Enrico Berlinguer, Santiago Carrillo und Georges Marchais getragen, nahm auf dem Parteitag der westeuropäischen kommunistischen Parteien im Frühjahr 1974 in Brüssel Gestalt an.<sup>24</sup> Die eurokommunistische »Front« war jedoch keineswegs geschlossen, sondern zeichnete sich durch auffällige Meinungsverschiedenheiten und Unterschiede politischer Natur aus. Der Zusammenschluss zwischen dem PCF- und dem PCI-Vorstand, die vermeintlich frühen treibenden Kräfte des Eurokommunismus – der PCE wurde erst 1977 in Spanien wieder legalisiert und konnte bis dahin nur einen begrenzten Einfluss auf die internationale Politik ausüben –, begann sich jedoch bereits spätestens ein Jahr nach der Brüsseler Tagung aufzulösen. SED-Beobachter gingen schon sehr früh von einer extremen Heterogenität innerhalb der eurokommunistischen Gemeinschaft aus, welche sie als ein Zeichen ihrer strukturellen Schwäche betrachteten. Aufmerksam verfolgten sie die gesamten Siebzigerjahre hindurch jede noch so kleine Akzentverschiebung im Eurokommunismus, um damit den jeweils für ihre eigenen Ziele förderlicheren Ansprechpartner auszuwählen zu können.

Laut Einschätzung der SED wurde der Eurokommunismus spätestens Mitte der Siebzigerjahre durch den PCI dominiert. In dessen »Schlepptau« habe der PCF das fundamentale

<sup>24</sup> Siehe Pons: Berlinguer (Anm. 22), S. 21–161.

Prinzip aus seinem Manifest gestrichen, dass »der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ein revolutionärer Sprung ist [...]«. <sup>25</sup> Die Ursache sei mit Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Linksunion mit den Sozialisten Frankreichs zu begründen – an der sich der PCF seit 1972 beteiligte –, bei der die Mitglieder der Linksunion über einen wachsenden politischen Einfluss verfügten. <sup>26</sup> Die Annäherung zwischen dem PCI und dem PCF erachteten SED-Beobachter als durch die systemische Schwäche der Franzosen bedingt, denen sie den ideologischen »Glauben« an den »reformistischen und auch utopischen Gehalt« des Eurokommunismus de facto absprachen. <sup>27</sup>

Ausschlaggebend für die interne Brüchigkeit des Eurokommunismus sei außerdem einerseits der Widerspruch des PCF gegen die Zweite Internationale und insbesondere gegen die diese Politik dominierende SPD; <sup>28</sup> andererseits die fehlende Übereinstimmung mit dem PCI, z. B. über wichtige theoretische Fragen, wie die Existenz eines vermeintlich einzigen ideologischen Ursprungs des Sozialismus. <sup>29</sup> Die SED hielt also schon früh das eurokommunistische Bekenntnis des PCF für fragwürdig, wenn nicht sogar für unmöglich. Der PCF, so die Ost-Berliner, sei nach wie vor eine marxistisch-leninistische Partei, <sup>30</sup> die der Bewahrung ihrer Klassenpolitik vorbehaltlos verpflichtet bleibe: Ihre eurokommunistische Zustimmung entbehre schließlich jeglicher Grundlage. <sup>31</sup> Die Italiener setzten hingegen entschieden auf den Dialog mit ideologisch verwandten Kräften und hätten ihre »[...] Blicke auf Europa, auf das kapitalistische Westeuropa gerichtet. In diesen Ländern trifft man auf einige gemeinsame grundlegende Bedingungen im Kampf für Demokratie und Sozialismus.« <sup>32</sup> Sie bewege nämlich die Frage: »Weshalb sollte ein anderer als der sozialdemokratische und sowjetische und der in anderen sozialistischen Ländern praktizierte Weg nicht möglich sein?« <sup>33</sup> Diese Grundeinstellung konnte die SED keineswegs akzeptieren und wertete die unter dem Begriff Eurokommunismus betriebene Kampagne als »eine gegenwärtige Hauptrichtung der Versuche des Imperialismus, Einheit der kommunistischen Bewegung, der revolutionären Kräfte zu schwächen und zu spalten. Das Wesen dieser Kampagne objektiv darauf gerichtet, kommu-

25 Einschätzung der Gemeinsamen Erklärung der französischen KP und der italienischen KP vom 17. November 1975, in: SAPMO-BArch, Abteilung Internationale Verbindungen (im Folgenden: Int. Verb.), DY/30/IV B 2/20/187, S. 6.

26 Ebd., S. 7.

27 Ebd., S. 8.

28 Vermerk über Aussprache zwischen Genossen Erich Honecker und Genossen Georges Marchais am 1. November 1975, Berlin 4. November 1975, in: SAPMO-BArch, Int. Verb., DY/30/IV B 2/20/187, hier S. 5.

29 Bericht über die Konsultation des Genossen Paul Markowski, Mitglied des ZK und Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen, mit Vertretern des ZK der Italienischen Kommunistischen Partei am 19. und 20. Mai in Rom, in: SAPMO-BArch, Int. Verb., DY/30/IV B 2/20/508, S. 4–6.

30 Einschätzung des gemeinsamen Programms von französischer KP und Sozialistischer Partei (ohne Datum), in: SAPMO-BArch, Büro Hermann Axen, DY/30/IV 2/2.035/92, S. 9.

31 Information Nr. 3/74 für das Politbüro, Haltung der französischen KP und der italienischen KP zur Frage des Weges zur Macht, Berlin, 10. Januar 1974, in: SAPMO-BArch, Int. Verb., DY/30/IV B 2/20/189.

32 Information Nr. 90/1978 für das Politbüro, Rede des Gen. der italienischen KP, Enrico Berlinguer, auf der Kundgebung zum Abschluss des Pressefestes der L'Unità in Genua am 17. September 1978, Berlin 27. September 1978, in: SAPMO-BArch, Int. Verb., DY/30/IV B 2/20/60, S. 20.

33 Ebd. S. 19.



Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Quelle: BArch, Bild 183-N1129-017, Fotograf: Uwe Steinberg

Ost-Berlin, 29. November 1974: Erich Honecker empfängt eine Delegation der Kommunistischen Partei Spaniens unter der Leitung ihres Generalsekretärs, Santiago Carillo (3.v.l.), zum Gespräch.

nistische Parteien kapitalistischer Länder Europas (und Japans) in Gegensatz zur KPdSU und eng mit ihr verbündeten Bruderparteien zu bringen.«<sup>34</sup>

Die ostdeutschen Machthaber waren seit dem Grundlagenvertrag in höchstem Maße auf internationale Anerkennung und mehr Spielraum bedacht. Bezeichnend dafür war z. B. die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem faschistischen Regime Francos in Spanien 1973, welche die wütende Reaktion der spanischen Kommunisten hervorrief.<sup>35</sup> Vor diesem Hintergrund erwies sich der »konforme« PCF als nur bedingt förderlich für die SED, dies umso weniger, als die Franzosen 1977 aus der Linksunion und damit aus der Regierungsverantwortung ausgeschieden waren.<sup>36</sup> Hingegen übte der PCI einen beachtlichen sowohl innen- als auch außenpolitischen Einfluss aus, der ihm zu einer hohen Handlungsfähigkeit auch im Dunstkreis der deutschen SPD oder der Sozialistischen Internationalen verhalf. Die sich steigernde Macht der westeuropäischen Bruderpartei war offensichtlich, und die gezielte Kontaktintensivierung mit ihr schien der SED geboten. Dieses Verhalten reihte sich in das

34 Zum »Eurokommunismus«, 1975 (Ohne Signatur), in: SAPMO-BArch, Int. Verb., DY/30/IV B 2/20/60, S. 2 (Im Folgenden: Zum »Eurokommunismus«).

35 Siehe Baumer: Camaradas? (Anm. 8), S. 202.

36 Siehe Di Palma: SED, PCF, PCI (Anm. 8), S. 85; ferner und grundsätzlich zu den Beziehungen zwischen der SED und dem PCF, Ulrich Pfeil: Die anderen deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990, Köln 2004.

Quelle: BArch, Bild 183-M1202-0036, Fotograf: Steinberg

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Ost-Berlin, 2. Dezember 1974: Die spanische Delegation besucht das damals größte Berliner Neubaugebiet Leninallee-Weißenseer Weg und lässt sich das Bauvorhaben am Modell erklären. In der Mitte: Santiago Carillo.

SED-Konzept der »internationalen Präsenz« ein, das die Außenpolitik der DDR in den Siebzigerjahren bestimmen sollte. Des Weiteren vermag diese Orientierung zu erklären, weshalb die SED, anders als die Mutterpartei KPdSU, den Eurokommunismus zwar missbilligte, ihn jedoch nie offensiv bekämpfte. Dafür war ihr schließlich die Politik der eurokommunistischen Vertreter und im Allgemeinen der westeuropäischen Kommunisten sowohl bei inneren als auch bei äußeren Angelegenheiten von zu großer Bedeutung. Das Beispiel PCE ist hierfür wiederum bezeichnend. Nachdem die SED im Frühjahr 1973 den PCE durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem franquistischen Spanien regelrecht brüskiert hatte, kam es in den darauf folgenden Monaten mehrfach zu Versöhnungsversuchen. So traf eine Delegation des PCE Ende November 1974 in Ost-Berlin ein, um die jüngsten Entwicklungen zu erörtern und womöglich noch herrschende Zwistigkeiten aus dem Weg zu räumen. Die politische Lage in Spanien hatte sich mittlerweile drastisch verändert, und damit auch die Einstellung der SED gegenüber dem PCE: Das Franco-Regime schien der demokratischen Opposition im Land nicht mehr lange standhalten zu können. Der PCE schien daran nicht unbeteiligt. Honecker vertraute darauf, dass Santiago Carrillo bald an der Spitze einer mächtigen westeuropäischen KP in einem vom Faschismus befreiten Land stehen

würde.<sup>37</sup> Auf den eigenen Vorteil bedacht, bemühten sich die Gastgeber eifrig darum, jegliche noch bestehenden politischen Differenzen zu verharmlosen und die traditionelle Verbundenheit – die, wie es hieß, auf die Internationalen Brigaden zurückging – wieder zu propagieren.<sup>38</sup>

Wenige Monate später beschworen Enrico Berlinguer und Santiago Carrillo in einer gemeinsamen Erklärung am 11. Juli 1975 in Livorno, der italienischen Hafenstadt, in der 1921 der PCI gegründet worden war, die Eckpfeiler des Kommunismus der Zukunft, den sie in ihren jeweiligen Heimatländern und im Ausland fördern wollten: Parlamentarische Aktivität, Freiheit, Reformen und Pluralismus waren die zentralen Losungen, die von nun an auch für den Eurokommunismus galten.<sup>39</sup> Dennoch blieben die Differenzen im eurokommunistischen Milieu auffällig und verschärften sich rasch, insbesondere in Fragen der internationalen Politik. So herrschte bereits seit 1975 Uneinigkeit über den Beitritt Spaniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG): Während sich PCI und PCE vorbehaltlos dafür aussprachen, legte der PCF ausdrücklich sein Veto ein, was die einst waltende sowohl politische als auch symbolische dreiköpfige eurokommunistische Führung stark untergrub.<sup>40</sup>

Vom 18. bis zum 22. Mai 1976 fand der IX. Parteitag der SED statt, die mit der offensiven Devise »Alles mit dem Volk und alles für das Volk« die innere Kohäsion des real existierenden Sozialismus zelebrieren und vor einer ideologischen Verwässerung – etwa bei westeuropäischen KPs, die sich dem bürgerlichen Parlamentarismus verschrieben hatten – warnen wollte.<sup>41</sup> Doch trotz aller inszenierten Kontinuität standen die SED-Politik und insbesondere deren Außenpolitik vor einem Richtungswechsel, der nur wenige Wochen später vollzogen werden sollte. Die Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, die am 29. und 30. Juni 1976 in Ost-Berlin tagte, sollte die Geschlossenheit des weltweiten Kommunismus propagieren und Moskau als Führungszentrum mit aller Kraft bestätigen. Trotz offensichtlicher Differenzen zwischen ost- und westeuropäischen Bruderparteien vor und während der Tagung, so z. B. über »die Formulierung über die gleiche ideologische Basis aller kommunistischen und Arbeiterparteien und über die Einheit der kommunistischen Weltbewegung«,<sup>42</sup> konnten die Gespräche und die Vorträge der jeweiligen Vertreter eine relative Entspannung insbesondere bezüglich des Eurokommunismus herbeiführen. Alle Reden – darunter auch äußerst kritische<sup>43</sup> – wurden ohne Zensur im Parteiorgan *Neues Deutschland* abgedruckt. Wie u. a. Heinz Timmermann anmerkt, sei dies ein Zeichen dafür

37 Siehe Baumer: Kommunismus (Anm. 8), S. 171–173.

38 Siehe ebd., S. 114–129.

39 Siehe Gemeinsame Erklärung der italienischen KP und spanischen KP/1975, in: Steinkühler: Eurokommunismus (Anm. 1), S. 272 f.

40 Siehe Tagung des ZK der Kommunistischen Partei Spaniens vom 28. bis 30. Juli 1976 in Rom, Berlin 11. August 1976, in: SAPMO-BArch, Int. Verb., DY/30/IV B 2/20/50.

41 Siehe Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Berlin 1998, S. 46–49.

42 Bericht über eine Konsultation des Genossen Paul Markowski, Mitglied des ZK und Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen, mit Vertretern des ZK der italienischen Kommunistischen Partei am 19. und 20. Juni 1975 in Rom, in: SAPMO-BArch, Int. Verb., DY/30/IV B 2/20/508, S. 3.

43 Siehe Santiago Carrillo: Rede des Genossen Santiago Carrillo, und Enrico Berlinguer: Rede des Genossen Enrico Berlinguer, in: Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas. Dokumente und Reden, Berlin 1976, S. 119–127; S. 223–233.

Quelle: BArch, Bild 183-R0630-0114, Fotograf: Wolfgang Thieme

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Ost-Berlin, Juni 1976: Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas. Für die französische Delegation spricht deren Leiter Georges Marchais (M.).

gewesen, dass die SED ihre offizielle Politik gegenüber dem Eurokommunismus und im Allgemeinen gegenüber den westeuropäischen Genossen überdacht und ihrer eigenen Strategie wohl angepasst habe. Primäres Ziel sei dabei gewesen, gute Beziehungen selbst zu »moskaukritischen« Partnern im Westen aufrechtzuerhalten und insbesondere zu denjenigen, die national und international politisch einflussreich waren oder zu werden schienen.<sup>44</sup>

### Ausblick und Fazit

Der vorliegende Aufsatz hat gezeigt, dass die Rezeption des Eurokommunismus durch die SED als Geschichte ihrer Beziehungen zu eurokommunistischen Partnern erklärt werden muss. Die SED missbilligte grundsätzlich und vorbehaltlos die »Eurokommunisten« und im Allgemeinen alle Formen von Reformkommunismus jenseits und diesseits des Eisernen Vorhangs bis zum Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus. Der Eurokommunismus, insbesondere durch die italienische, die spanische und teilweise auch die französische KP getragen, wurde seitens der SED als eine revisionistische, das Weiterbestehen der kom-

<sup>44</sup> Heinz Timmermann: Ost-Berlins Beziehungen zu Jugoslawien und »Eurokommunisten«, in: Deutschland Archiv 9/1977, S. 949–965.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Quelle: BAArch, Bild 183-R0630-0134, Fotograf: Peter Koard

Ost-Berlin, Juni 1976: Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas. Am Rande der Konferenz im Gespräch: Enrico Berlinguer (l.), Boris Nikolaevič Ponomar'ov (2.v.l.) und Leonid Brežnev (r.).

unistischen Staatengemeinschaft und die revolutionären Bestrebungen kommunistischer Parteien in demokratischen Ländern gefährdende Doktrin interpretiert, welche in ihren extremen Forderungen ja sogar dem amerikanischen Imperialismus in vielerlei Hinsicht ähnelte.<sup>45</sup> Ungeachtet dessen pflegte die SED an der westlichen Grenze des »Vorhangs« auch unmittelbar nach der schwierigen Phase um die Niederschlagung des Prager Frühlings rege Beziehungen zu »andersdenkenden« Bruderparteien. Diese Beziehungen gestalteten sich mal reibungslos, erfuhren oft Blockaden und Verhärtungen, schlugen regelmäßig in Annäherungen um und trotzten generell allen politischen und ideologischen Schwierigkeiten des späten Kalten Krieges. Eine stabile NATO-Zone war nämlich auch im Interesse der SED, deren politische Souveränität sowohl von der Sowjetunion als auch von Westdeutschland und dem restlichen Westeuropa stark abhängig war.<sup>46</sup>

Wie bedeutend der Verbindungsstrang zu den eurokommunistischen Parteien für die SED war, zeigte sich an deren Bereitschaft, selbst der Mutterpartei KPdSU bezüglich strategischer Fragen teilweise zu widersprechen. Anlass dazu gab der sogenannte eurokommunistische Gipfel unter Beteiligung von PCE, PCI und PCF Ende Februar 1977 in

45 Siehe Zum »Eurokommunismus« (Anm. 34).

46 Siehe Di Palma: SED, PCE, PCI (Anm. 8), S. 85.

Madrid. Dieses Treffen, das mit großer Sorge von der KPdSU verfolgt wurde,<sup>47</sup> endete mit der Veröffentlichung einer gemeinsamen Erklärung der drei Parteien, welche u. a. die zentralen Ziele des Pluralismus, der Gedanken- und Meinungsfreiheit, der Unabhängigkeit der Presse und der Anerkennung des allgemeinen Wahlrechts zitierte. Die KPdSU schätzte die Madrider Tagung als sehr gefährlich ein, denn es handle sich darum, »als Ergebnis des Treffens eine Plattform des sogenannten Eurokommunismus zu beschließen und sie im Namen der drei Parteien zu verkünden«. Diese Plattform, so hieß es außerdem, sei »von einer unobjektiven Kritik an den Ländern des Sozialismus durchdrungen [...]«, und »[...] Wir würden es für wichtig halten, derartigen Plänen entgegenzuwirken [...]«. <sup>48</sup> Der Aufforderung leistete die SED kaum Folge – sieht man von den gewöhnlichen Werbetraktaten gegen den Eurokommunismus ab. Selbst die Veröffentlichung des Buches von Santiago Carrillo, »Eurokommunismus« und Staat,<sup>49</sup> das den Eurokommunismus theoretisch und programmatisch unterlegte und in der Sowjetunion aufs Schärfste kritisiert wurde, war für die SED kein Grund, die Beziehungen zu dessen Theoretikern einzufrieren.<sup>50</sup> Ebenso war es angeblich wiederum die SED, die auf der Tagung der ZK-Sekretäre der osteuropäischen Parteien im Frühjahr 1977 die Pläne für eine politische und propagandistische Großoffensive gegen die abtrünnigen Eurokommunisten durchkreuzte.<sup>51</sup>

Die SED-Politik gegenüber dem westeuropäischen Kommunismus war jedoch zweigleisig und weitestgehend von Opportunismus bestimmt. Allerdings waren die Rahmenbedingungen und die Grenzen dieser Strategie meistens durch die KPdSU abgesteckt,<sup>52</sup> welche die potenziell polarisierenden Standpunkte der Eurokommunisten stets mit Argwohn beäugte. Die Ost-Berliner Machthaber befanden sich auf einer geopolitisch äußerst schwierigen Nahtstelle, bei der sie abwechselnd mal nach Spielraum, mal die Nähe zur Mutterpartei suchen mussten. Bezeichnend für diesen Zickzackkurs war die Reaktion auf zwei Kundgebungen 1977/78. Berlinguer und Carrillo hatten Ende Mai 1978 in Barcelona die Bedeutung des Eurokommunismus unterstrichen, der gleichsam, so Berlinguer, »durch die Entwicklung des historischen Prozesses in Europa und der Welt aufgezwungen wird« und, so Carrillo, »einen breiten Weg und die ganze Zukunft vor sich hat«. <sup>53</sup> Auf einer früheren Kundgebung in Brescia im Juni 1977 hatte Berlinguer angemerkt, dass das Hauptziel des Eurokommunismus das »Wachsen einer neuen Funktion Europas« sei, im Rahmen derer

47 Ohne Titel (Streng vertraulich vom ZK der KPdSU an die SED), über Büro Markowski, Berlin 14. Februar 1977, in: SAPMO-BArch, DY/30/IV B 2/20/188.

48 Ebd. S. 1 f.

49 Santiago Carrillo: »Eurokommunismus« und Staat, Hamburg 1977.

50 Siehe Timmermann: Ost-Berlin (Anm. 44).

51 Siehe ebd. S. 963 f.

52 Siehe Wentker: Außenpolitik (Anm. 15).

53 Information 55/1978 für das Politbüro, Rede des Generalsekretärs der italienischen Kommunistischen Partei, Enrico Berlinguer, auf einer Kundgebung in Barcelona am 28. Mai 1978 mit dem Generalsekretär der spanischen KP, Santiago Carrillo, und dem Sekretär der Sozialistischen Einheitspartei Kataloniens, Antonio Gutierrez Diaz, am 29. Mai 1978, Berlin 21. Juni 1978, in: SAPMO-BArch, DY/30/IV B 2/20/60, S. 4; S. 5.

die »befreite Arbeiterbewegung Protagonist wird.«<sup>54</sup> Der SED missfiel zwar der Grundton der Stellungnahmen, die de facto dem proletarischen Internationalismus widersprachen, sie war aber weiterhin durchaus an gesamteuropäischen Beziehungen interessiert, z. B. mit Abgeordneten des Europaparlaments oder sogar mit Mitgliedern der Sozialistischen Internationale, bei denen der PCI – zu jenem Zeitpunkt wohl die treibende eurokommunistische Kraft – oft als Mittler agierte.<sup>55</sup>

Dies bedeutet keineswegs, dass die SED Ende der Siebzigerjahre etwa »Wohlwollen« gegenüber dem Eurokommunismus und seinen Exponenten entwickelt hätte. Ganz im Gegenteil. Die Wahl des PCI als bevorzugtem Ansprechpartner im Westen diene ausschließlich strategischen Zwecken und blieb ungeachtet der politischen Entwicklung im westeuropäischen Kommunismus bestehen – auch als die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem PCF, dem PCI und dem PCE unüberbrückbar schienen, wie z. B. anlässlich der Krisen in Afghanistan und Polen. Die Italiener verurteilten dezidiert das sowjetische Vorgehen in beiden Regionen und ertreten damit harsche Kritik von der KPdSU, welche die Haltung der Eurokommunisten als äußerst »schädlich« für den weltweiten Sozialismus betrachtete.<sup>56</sup> Der PCI, hieß es weiter, stünde gleichsam auf denselben Positionen wie der US-Präsident.<sup>57</sup> Aus dieser radikalen Perspektive erhielt die Gestaltung der Kontakte der osteuropäischen Parteien mit eurokommunistischen eine neue politische Brisanz. Es ging nämlich darum, die inspirierende Stärke des sowjetischen bzw. des real existierenden Sozialismus vor externen Angriffen einerseits, so durch die Regierungen und Demokratien der westlichen Welt, und andererseits vor Verleumdungen aus den kommunistischen Parteien Westeuropas zu schützen. Dies erschwerte die Beziehungen der SED zu ihren westlichen Bruderparteien in den Achtzigerjahren zusehends, wie der drastische Rückgang von gegenseitigen Besuchen nationaler Delegationen mit italienischen, spanischen und französischen Genossen belegt. Ein weiterer Faktor sollte dieses Verhältnis daraufhin nachhaltig beeinflussen: der »Zusammenbruch« des Eurokommunismus. Die Einheit der spanischen und französischen Kommunisten hatte unter dem Druck der Krisen in Afghanistan und Polen stark gelitten; beide Parteien waren intern zerrissen und ideologisch gespalten. Die eurokommunistische Politik von PCE und PCF war von einer viel zu dünnen Mehrheit getragen worden, konservative prosovjatische Fraktionen trafen auf Modernisierer, Massenaustritte und Abspaltungen rundeten das Bild ab.<sup>58</sup> Anfang der Achtzigerjahre drohten schließlich beide Parteien in die Bedeutungslosigkeit abzurutschen; für die SED Grund genug, der »Freundschaftspflege« mit den unbeständigen Brüdern weniger Aufmerksamkeit zu schenken. Anders war es um den PCI bestellt,

54 Information 79/1977 für das Politbüro, Rede und Interview des Generalsekretärs der italienischen KP, Enrico Berlinguer, Quelle L'Unità vom 19./20. Juni 1977, Berlin 28. Juni 1978, in: SAPMO-BArch, DY/30/IV B 2/20/60, S. 6.

55 Siehe Di Palma: SED, Partito Comunista Italiano (Anm. 4), S. 146 f.

56 Siehe Lettera di Amerigo Terenzi a Giancarlo Pajetta [Brief von Amerigo Terenzi an Giancarlo Pajetta], 20. Juni 1980, Mikrofilm 8007, in: Archivio del Partito Comunista Italiano/Archiv des PCI (im Folgenden: APCI), Sez. Estero, S. 3.

57 Lettera del KPdSU al PCI [Brief der KPdSU an den PCI], 5. Dezember 1980, Mikrofilm 8012, in: APCI, Sez. Estero, S. 1.

58 Baumer: Camaradas? (Anm. 8), S. 205 f.; Di Palma: SED, PCF, PCI (Anm. 8), S. 89.

der sich stabil als zweit- bzw. drittstärkste Partei Italiens in den Achtzigerjahren behaupten konnte und nunmehr als bedeutende Kraft der europäischen Friedensbewegung galt. So blieb das Interesse der SED an dem aufstrebenden PCI bis zum Mauerfall im Rahmen des Prinzips der friedlichen Koexistenz konstant und weiterhin stark, diente er doch u. a. als Verbindungsglied zu den Sozialisten Frankreichs und (West-) Deutschlands (u. a. zu François Mitterrand und Helmut Schmidt)<sup>59</sup> – den Strippenziehern der Europapolitik.<sup>60</sup>

Der Eurokommunismus wurde letztlich nie zu einer Plattform für einen ideologisch-politischen Austausch zwischen Ost und West; eurokommunistische Vertreter konnten jedoch über zwei Jahrzehnte und bis zum Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus im Gespräch mit der SED eine strategisch relevante Zusammenarbeit aufrechterhalten und diese teilweise bis in die Achtzigerjahre hinein intensivieren,<sup>61</sup> sodass beide Parteien davon profitieren konnten. War die SED Anlaufstelle, Mittler und Sprachrohr Moskaus an der westlichen Grenze des Ostblocks und damit ein fundamentaler Partner für westeuropäische KPs, so nutzte sie regelmäßig und teilweise auch unabhängig von Moskau ihre westlichen Kontakte aus, um sich wirtschaftliche und diplomatische Vorteile zu verschaffen.

---

59 Relazione della delegazione del PCI (Cervetti, Cacciapuoti, Mechini) al X. Congresso della SED [Bericht der PCI-Delegation (Cervetti, Cacciapuoti, Mechini) auf dem X. Parteitag der SED], Berlin 10. bis 16. April 1981, Mikrofilm 8110, in: APCI, Sez. Estero, S. 6 f.; Verbale dei colloqui tra delegazioni della SED e del PCI [Protokoll der Gespräche zwischen der Delegation der SED und des PCI], Rom 11. November 1981, Mikrofilm 8112, in: APCI, Sez. Estero, S. 5.

60 Siehe SAPMO-BArch, Büro Hermann Axen, DY/30/IV 2/2.035/14, 15, 16.

61 Dies fand mit der Ernennung Michail Gorbatschovs im März 1985 zum Generalsekretär des ZK der KPdSU, der Verabschiedung seiner Glasnost-Politik und der damit einhergehenden Perestrojka – welche die SED im Gegensatz zu den westeuropäischen KPs ablehnte – ein jähes Ende. Siehe Bauerkämper/Di Palma: Bruderparteien (Anm. 4), darin insbesondere die Einleitung (hier S. 12 f.).